

Die Interpellation Meigner im Stadtrate.

In der gestrigen Sitzung des Stadtrates erstattete Bürgermeister Dr. Weistirschner einen eingehenden Bericht über die vom Abg. Meigner im Reichsrate in einer Interpellation vorgebrachten Ausführungen über die landwirtschaftliche Betätigung der Gemeinde Wien. Nach dem Antrage des Bürgermeisters wurde einstimmig und ohne Debatte nachfolgende Entschliessung genehmigt:

Der Wiener Stadtrat weist die in der Interpellation des Reichsratsabgeordneten Meigner und Genossen gegen das Landwirtschaftsamt der Gemeinde Wien erhobenen Anwürfe als den Tatsachen vollkommen widersprechend mit aller Entschiedenheit zurück und vermahnt sich mit allem Nachdruck dagegen, daß sie erhalte, von allen Bevölkerungskreisen anerkannte und auch im Interesse der Landwirtschaft selbst gelegene Tätigkeit der Gemeindeverwaltung auf dem Gebiete der Produktion von Lebensmitteln von dem Interpellanten als „eine der vielen tausend Spielereien und Versuche der Kriegswirtschaft“ bezeichnet wird. Die von der Gemeinde mit großen Opfern an Arbeit und Kapital unternommenen und erfolgreich betriebenen Aktionen der Selbsthilfe genießen — und dies sei mit Genugtuung konstatiert — die verständnisvolle Förderung der bestmöglichen Regierungsstellen.

Es haben jedoch selbstverständlich bei der Einrichtung des Landwirtschaftsamtes keine Staatsbeamten mitgewirkt, die Schaffung des Amtes erfolgte vielmehr im autonomen Wirkungskreise durch den Bürgermeister und fand die ungeteilte Zustimmung aller im Gemeinderat vertretenen Parteien. Die Wiener Gemeindeverwaltung beachtet selbstverständlich sowohl bei dem Betriebe ihrer eigenen Landwirtschaften als auch bei vertragsmäßigen Viehhaltungen die behördlichen Vorschriften betreffend die Ablieferungspflicht von Brotgetreide und Futtermitteln und unterwirft sich in dieser Richtung der ständigen Kontrolle der maßgebenden staatlichen Organe.

Versuche jeder Art, in Kleinlich gehässiger, von einseitig agrarischem Standpunkt diktiert Weise die im Interesse einer besseren Versorgung der Verbraucher in dieser schweren Zeit unternommenen Schritte der Gemeindeverwaltung zu stören oder zu durchkreuzen, werden die Gemeindeverwaltung niemals abhalten können, die erfolgreich begonnenen Aktionen unentwegt fortzusetzen, und sie rechnet hierbei auf die verständnisvolle Mitwirkung auch der Kleinbäuerlichen Organisationen.